

ANALYSE

ARBEITSMARKTSTATUS- UND LOHNMOBILITÄT IN WESTDEUTSCHLAND 1984/96*

iw-trends

Auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt herrscht im Beobachtungszeitraum 1984/96 eine vergleichsweise große Stabilität der Beschäftigungsverhältnisse. Die Wahrscheinlichkeit, dass abhängig Beschäftigte während der einzelnen dreijährigen Untersuchungszeiträume im gleichen Erwerbsstatus bleiben, beträgt rund 80 Prozent. Diese Wahrscheinlichkeit nimmt mit steigendem Ausbildungsstand zu und mit zunehmendem Alter ab. Das Risiko von Arbeitnehmern, arbeitslos zu werden, ist mit rund 4 Prozent geringer als die Wiederbeschäftigungschancen Arbeitsloser, die im Durchschnitt bei rund 30 Prozent liegen. Aber auch hierbei spielen Alter und Ausbildungsstand eine bedeutsame Rolle. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Auswertung der Erwerbszustände von 8.100 Personen von über 15 Jahren auf der Basis des Sozio-Ökonomischen Panels. Mit Hilfe dieses Panels konnte auch die Lohnmobilität abhängig Beschäftigter gemessen werden. Die Chancen, auf der Einkommensleiter aufzusteigen, sind insgesamt gesehen größer als die Abstiegsrisiken. Auch für Geringverdiener gibt es die Möglichkeit, die unterste Einkommensklasse zu verlassen, und diese Wahrscheinlichkeit hat im Beobachtungszeitraum zugenommen.

*Defizite der
amtlichen Statistik*

Das Informationsangebot der amtlichen Statistik reicht mitunter nicht aus, um auf drängende Fragen zur wirtschaftlichen Entwicklung hinreichend tragfähige Antworten zu ermöglichen. Hierdurch wird die wissenschaftliche Forschung in ihrer Aufgabe, die Wirtschaftspolitik zu beraten und zu beurteilen, eingeengt. Für die empirische Arbeitsmarktforschung trifft dies auch zu. Denn die einschlägigen amtlichen Statistiken, wie der Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes oder die Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit, bieten auf bedeutsamen Forschungsebenen nicht immer hinreichende empirische Information. Zwei wirtschaftspolitisch relevante Fragestellungen sind hiervon ebenfalls betroffen, nämlich die nach der Statusmobilität und die nach der Lohnmobilität.

*Fragestellung
und Methode*

* Dieser Aufsatz ist Teilergebnis des von der informedia-Stiftung Gemeinnützige Stiftung für soziale Wissenschaften und Publizistik, Köln geförderten Projekts "Egalität und Effizienz - das deutsche Modell auf dem Prüfstand".

Bei der Statusmobilität geht es um die Wahrscheinlichkeit, mit der hierzulande aus einem bestimmten Arbeitsmarktstatus, also etwa dem eines Beschäftigten, Arbeitslosen oder Auszubildenden, in einen anderen Status gewechselt werden kann. Ohne Informationen hierüber sind beispielsweise Rückschlüsse auf die Wiederbeschäftigungschancen Arbeitsloser nicht möglich. Wenn solche Wechselvorgänge individuell verfolgt werden, sind auch die Erwerbsbiografien einzelner Personen darstellbar.

Die Lohnmobilität stellt die Frage nach den Chancen, die Personen in einem bestimmten Erwerbsstatus haben, also beispielsweise abhängig Beschäftigte, von einer Verdienstkategorie in eine andere zu wechseln. Dieser Aspekt wird durch die Debatte um den Niedriglohnsektor aktuell (Kaltenborn, 1999). Denn bei Kenntnis der Aufstiegsmöglichkeiten von Niedrigverdienern in höhere Einkommensklassen sind die Konsequenzen jener Strategien besser abzuschätzen, mit denen ein Wechsel vom Transferleistungsbezug in eine niedrig entlohnte Beschäftigung erreicht werden soll.

Das Datenangebot des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) kann die Informationslücken, die die amtliche Statistik bezüglich dieser beiden Fragestellungen offen lässt, zumindest ansatzweise verkleinern. Die folgende Untersuchung stützt sich deshalb auf Daten des SOEP, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Verfügung gestellt werden. Sie beschränkt sich auf Westdeutschland und den Zeitraum 1984/96. Aktuellere Daten waren zum Zeitpunkt der Untersuchung noch nicht verfügbar.

Im ersten Teil der Untersuchung wird der Erwerbsstatus aller erwachsenen Mitglieder der vom SOEP erfassten Privathaushalte ermittelt. Im zweiten Teil werden nur die abhängig Beschäftigten herausgefiltert und nach der Höhe ihres monatlichen Bruttoarbeitseinkommens klassifiziert. Hierfür werden Einkommensquintile gebildet. Die „Mobilität“ wird mit den Erwerbzzuständen und der Einkommensposition an jeweils zwei Zeitpunkten gemessen. Das geschieht jeweils in einem ersten Schritt für alle erfassten Personen und in einem zweiten tiefer gegliedert nach Altersstufen und Qualifikationsgruppen. Über die Anzahl der Personen, die dieser empirischen Studie zugrunde liegen, informiert die Tabelle 1.

Für die Messung der beiden Mobilitäten und die sich daraus ergebenden Resultate sind die Abgrenzung der Beobachtungsperioden und die Besetzung der jeweils betrachteten Personengruppen von entscheidender Bedeutung: Je länger der gewählte Beobachtungszeitraum ist, desto größer wird die Mobilität. Andererseits nimmt die Mobilität ab, je mehr Personen zu einer Gruppe gerechnet werden. Wenn man die beobachteten Personen zu einer Gruppe komprimiert, reduziert sich die gemessene Mobilität auf null.

Tabelle 1:

Erfasste Fallzahlen am Beginn und Ende des Beobachtungszeitraums

	1984/87	1993/96
Nach Altersgruppen		
Über 15	8.084	6.961
16 bis 54	6.449	5.333
16 bis 24	1.492	1.120
25 bis 34	1.693	1.635
35 bis 44	1.752	1.354
45 bis 54	1.512	1.224
55 und älter	1.635	1.628
Nach Ausbildungsstand		
Ohne Berufsausbildung	3.410	2.599
Abgeschlossene Lehre	3.862	3.517
Hochschulabschluss	557	581

Quelle: SOEP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Für diese Untersuchung wurde der Beobachtungszeitraum 1984/96 in vier Drei-Jahres-Perioden unterteilt, die bei einigen Teilaspekten zur Abrundung der Ergebnisse zu zwei Sechs-Jahres-Perioden zusammengefasst wurden. Falls die Anzahl der Fälle bei tieferer Strukturierung auf eine kritische Größenordnung zusammenschrumpft, bei der keine oder nur bedingt belastbare Aussagen möglich sind, wurde dies in den Tabellen vermerkt. Weitere methodische Hinweise zu dieser Untersuchung finden sich im Anhang.

Die Mobilität der Erwerbszustände, deren Ergebnisse mit den Längsschnittgewichten des SOEP hochgerechnet worden sind, wird üblicherweise in Transitionsmatrizen dargestellt:

- Aus der Randverteilung dieser Matrizen ist die relative Häufigkeit der verschiedenen Erwerbszustände zu Beginn und am Ende der einzelnen Beobachtungsperioden ablesbar.
- Die Diagonalbetrachtung beleuchtet die Wahrscheinlichkeiten eines Verbleibens in einem bestimmten Erwerbszustand (Verbleibswahrscheinlichkeit).
- Die Zeilenbetrachtung informiert über die Häufigkeit des Wechsels in einen anderen Erwerbsstatus (Übergangswahrscheinlichkeit).

In dieser Untersuchung werden diese drei Dimensionen der Transitionsmatrix der Übersichtlichkeit wegen in drei separaten Tabellen dargestellt.

Tabelle 2:

Relative Häufigkeit von Erwerbszuständen Westdeutscher über 15 Jahren

- Prozentanteile -

	1. Teilperiode		2. Teilperiode		3. Teilperiode		4. Teilperiode	
	1984	1987	1987	1990	1990	1993	1993	1996
Abhängige Beschäftigung	42	43	43	45	44	44	45	46
Selbstständigkeit	5	6	5	5	4	5	5	5
Ausbildung	11	6	11	6	10	7	11	6
Arbeitslosigkeit	3	3	4	2	2	3	3	4
Rentenbezug	15	20	17	22	19	23	19	22
Sonst. Nichterwerbstätigkeit	22	19	19	18	17	16	15	15
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

Rundungsdifferenzen.

Quelle: SOEP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Tabelle 2 liefert die Randverteilung, zeigt also, wie sich der relative Besitz der sechs verschiedenen Erwerbszustände im Zeitablauf verändert hat. Betrachtet man zunächst alle Westdeutschen über 15 Jahre, erweist sich die Erwerbstätigkeit als häufigster Status. Zählt man zu den abhängigen Arbeitnehmern die Selbstständigen hinzu, sind etwa die Hälfte der erfassten Personen erwerbstätig. Zweithäufigster Erwerbsstatus ist der Rentenbezug, gefolgt von der „Sonstigen Nichterwerbstätigkeit“. Am geringsten vertreten ist die Arbeitslosigkeit. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Ar-

*Häufigkeit der
Erwerbszustände*

beitslosigkeit hier auf die gesamte Bevölkerung über 15 Jahren und nicht wie sonst üblich auf Erwerbspersonen bezogen wird. Daher ist die vertraute Arbeitslosenquote höher als die in Tabelle 2 gemessene Häufigkeit des Arbeitslosenstatus.

Die Veränderungen während der vier Teilperioden bewegen sich in sehr engen Grenzen. Die jeweilige Zunahme des Rentenbezugs und die Abnahme der Ausbildung während der einzelnen Teilperioden ist wesentlich auf Verschiebungen der Altersstruktur zurückzuführen. Über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg nimmt die Häufigkeit der abhängigen Beschäftigung und des Rentenbezugs leicht zu, während die sonstige Nichterwerbstätigkeit merklich zurückgeht. Die Erwerbstätigkeit wird somit im Zeitablauf gewichtiger. Die amtliche Statistik bestätigt diesen Trend mit einer steigenden Erwerbsquote.

Bei Differenzierung nach Alters- und Qualifikationsgruppen zeigt sich ein erhebliches Gefälle. Bei den 25- bis 44-Jährigen ist die Beschäftigtenquote mit über 60 Prozent deutlich höher als bei den über 55-Jährigen, wo sie unter der 10-Prozent-Marke liegt. Bei Akademikern beträgt der Anteil der abhängig und selbstständig Beschäftigten rund 60 Prozent, bei Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist sie nur halb so groß.

Tabelle 3:

Wahrscheinlichkeiten des Verbleibens im ursprünglichen Erwerbszustand während der einzelnen Teilperioden

- Westdeutsche über 15 Jahre; Prozentanteile -

	1. Teilperiode	2. Teilperiode	3. Teilperiode	4. Teilperiode
	1984/87	1987/90	1990/93	1993/96
Rentenbezug	95	95	92	93
Abhängige Beschäftigung	81	82	80	81
Selbstständigkeit	74	63	70	70
Sonst. Nichterwerbstätigkeit	68	70	66	66
Ausbildung	41	40	45	37
Arbeitslosigkeit	30	24	27	27

Quelle: SOEP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Tabelle 3 informiert über die Wahrscheinlichkeit, während der Beobachtungsperioden im gleichen Erwerbsstatus zu verbleiben, stellt also die Diagonale der Transitionsmatrix dar. Wenig überraschend ist das Ergebnis, nach dem die Wahrscheinlichkeit, im Rentner-Status zu verbleiben, am größten ist. Dahinter folgt aber bereits die abhängige Beschäftigung mit einer Verbleibswahrscheinlichkeit von rund 80 Prozent. Dies und die Tatsache, dass sie sich im Lauf der Untersuchungsperiode kaum verändert hat, lassen auf eine relativ hohe Beschäftigungsstabilität schließen. Bei einer Verdoppelung der Teilperioden auf sechs Jahre geht die Verbleibsquote der abhängig Beschäftigten lediglich um 5 Prozentpunkte zurück. Auch dieser Befund unterstreicht die relative Beschäftigungsstabilität, selbst wenn sich hinter diesen Quoten zwischenzeitliche Erwerbsunterbrechungen oder andere kurzzeitige Statuswechsel verbergen sollten.

Tabelle 4:

Verbleibswahrscheinlichkeiten westdeutscher Beschäftigter

- Prozentanteile der abhängig Beschäftigten, die während der einzelnen Teilperioden im gleichen Erwerbszustand geblieben sind -

	1. Teilperiode	2. Teilperiode	3. Teilperiode	4. Teilperiode
	1984/87	1987/90	1990/93	1993/96
Nach Altersgruppen (in Jahren)				
Über 15	81	82	80	81
16 bis 54	84	86	83	85
16 bis 24	76	80	75	83
25 bis 34	82	83	77	85
35 bis 44	89	89	89	89
45 bis 54	86	90	89	82
55 und älter	49	47	44	44
Nach Ausbildungsstand				
Ohne Berufsausbildung	78	80	78	74
Abgeschlossene Lehre	81	82	79	82
Hochschulabschluss	86	84	85	87

Quelle: SOEP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Die niedrigste Verbleibswahrscheinlichkeit wurde bei den Auszubildenden und den Arbeitslosen registriert. Die stark schwankenden Quoten bei den Auszubildenden machen Trendaussagen unmöglich. Bei den Arbeitslosen hat die „Klebefahr“ leicht abgenommen. Dies überrascht insofern, als im

Beobachtungszeitraum 1984/96 laut amtlicher Statistik die Langzeitarbeitslosenquote von 29 auf 32 Prozent angestiegen ist. Führt man beide Befunde zusammen, könnte gefolgert werden, dass sich die Langzeitarbeitslosigkeit auf einen kleineren Teil der Arbeitslosen konzentriert und verfestigt hat.

In Tabelle 4 werden die Verbleibswahrscheinlichkeiten abhängig Beschäftigter nach Altersgruppen und Ausbildungsstand aufgefächert. Die deutlich unterdurchschnittlichen und zudem im Zeitablauf abnehmenden Chancen älterer Arbeitnehmer (über 55 Jahre), im jeweiligen Erwerbsstatus zu bleiben, sind unübersehbar. Dahinter stehen deren höhere Arbeitslosigkeitsrisiken oder deren vorzeitige Verrentung. Außerdem bestätigt Tabelle 4 die verbreitete Vermutung, dass die Beschäftigungsstabilität mit steigendem Ausbildungsstand zunimmt.

Wechsel des Erwerbsstatus

Die Zeilenbetrachtung der Transitionsmatrix bietet die spiegelbildliche Perspektive, informiert somit über die Wahrscheinlichkeiten, innerhalb einer Periode von einem zu einem anderen Erwerbsstatus zu wechseln (Tabelle 5). Da die Fallzahlen hierbei abnehmen, ist eine vorsichtige Interpretation erforderlich. Beispielsweise wechselten in der Teilperiode 1984/87 nur 91 vom SOEP erfasste Arbeitslose in eine abhängige Beschäftigung. Mit diesen Einschränkungen deuten sich folgende Trends an:

- Die Übergänge aus der Selbstständigkeit in eine abhängige Beschäftigung sind unter heftigen Schwankungen während des Beobachtungszeitraums tendenziell bedeutsamer geworden, und sie sind – bezogen auf die Grundgesamtheiten - deutlich häufiger als der Wechsel von der Abhängigkeit in die Selbstständigkeit.
- Die hohe Wahrscheinlichkeit, mit der Auszubildende in eine abhängige Erwerbstätigkeit wechseln, entspricht den landläufigen Erwartungen. Die Gefahr, aus der Berufsausbildung in die Arbeitslosigkeit zu wechseln, nimmt nach den vorliegenden Daten im Zeitablauf zu. Doch die Belastbarkeit der Datenbasis ist für grundsätzliche Schlüsse zu gering.

Aus der „Sonstigen Nichterwerbstätigkeit“ wird relativ häufig in „abhängige Beschäftigung“ oder in den „Rentenbezug“ gewechselt. Dabei ist die erste Übergangswahrscheinlichkeit im Lauf des Beobachtungszeitraums größer

geworden, die zweite geringer. Dies spricht für eine verbesserte Arbeitsmarktsituation in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums.

Tabelle 5:

Wahrscheinlichkeiten eines Wechsels in einen anderen Erwerbszustand während der einzelnen Teilperioden

- Westdeutsche über 15 Jahre; Prozentanteile -

	Aus abhängiger Beschäftigung in:				
	Selbstständigkeit	Ausbildung	Arbeitslosigkeit	Rentenbezug	Sonstige Nichterwerbstätigkeit
1. Teilperiode	2	3	4	4	4
2. Teilperiode	2	3	2	5	5
3. Teilperiode	2	4	4	5	5
4. Teilperiode	2	2	4	5	5
	Aus Selbstständigkeit in:				
	Beschäftigung	Ausbildung	Arbeitslosigkeit	Rentenbezug	Sonstige Nichterwerbstätigkeit
1. Teilperiode	9	x	x	(6)	(10)
2. Teilperiode	5	x	x	(7)	11
3. Teilperiode	11	x	x	(9)	(8)
4. Teilperiode	16	x	x	x	(7)
	Aus Ausbildung in:				
	Beschäftigung	Selbstständigkeit	Arbeitslosigkeit	Rentenbezug	Sonstige Nichterwerbstätigkeit
1. Teilperiode	45	(3)	3	x	7
2. Teilperiode	46	(2)	(2)	x	7
3. Teilperiode	42	x	5	x	7
4. Teilperiode	46	(5)	5	x	6
	Aus Arbeitslosigkeit in:				
	Beschäftigung	Selbstständigkeit	Ausbildung	Rentenbezug	Sonstige Nichterwerbstätigkeit
1. Teilperiode	34	x	x	(8)	19
2. Teilperiode	34	x	x	14	17
3. Teilperiode	26	x	x	25	19
4. Teilperiode	27	x	x	21	17
	Aus Rentenbezug in:				
	Beschäftigung	Selbstständigkeit	Ausbildung	Arbeitslosigkeit	Sonstige Nichterwerbstätigkeit
1. Teilperiode	x	x	x	x	(3)
2. Teilperiode	x	x	x	x	(4)
3. Teilperiode	(1)	x	x	x	(6)
4. Teilperiode	(2)	x	x	x	(5)
	Aus Sonstiger Nichterwerbstätigkeit in:				
	Beschäftigung	Selbstständigkeit	Ausbildung	Arbeitslosigkeit	Rentenbezug
1. Teilperiode	9	3	3	2	15
2. Teilperiode	11	(2)	3	(1)	12
3. Teilperiode	15	3	3	(1)	12
4. Teilperiode	15	(2)	(2)	(2)	10

Werte in Klammern: Fallzahlen unter 30.

x = Fallzahlen unter 10.

Quelle: SOEP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Zwei Aspekte der Übergangswahrscheinlichkeiten verdienen es, detaillierter in den Blick genommen zu werden, nämlich die Wiederbeschäftigungschancen Arbeitsloser und die Arbeitslosigkeitsrisiken abhängig Beschäftigter.

Wiederbeschäftigungschancen

Tabelle 6 verfolgt den ersten Aspekt. Sieht man von den teilweise heftigen Schwankungen zwischen den vier Teilperioden ab und vergleicht lediglich den ersten mit dem jüngsten Drei-Jahres-Zeitraum, nimmt die Wiederbeschäftigungsrate sämtlicher Arbeitsloser über 15 Jahre ab: Betrug sie von 1984 bis 1987 noch 34 Prozent, waren es am aktuellen Rand lediglich 27 Prozent. In der Altersgruppe der 16- bis 54-Jährigen fällt dieser Rückgang wesentlich milder aus. Deshalb müssen sich die verschlechterten Wiederbeschäftigungsmöglichkeiten auf ältere Arbeitslose konzentrieren. Für Arbeitslose von über 55 Jahren liefert das SOEP indes keine belastbaren Informationen. Die amtliche Statistik der Bundesanstalt für Arbeit bestätigt allerdings, dass die Wiederbeschäftigungsraten mit zunehmendem Alter abnehmen.

Tabelle 6:

Wiederbeschäftigungsquoten in Westdeutschland

Wahrscheinlichkeit, aus der Arbeitslosigkeit in eine abhängige Beschäftigung zu wechseln
- Prozentanteile -

	1. Teilperiode	2. Teilperiode	3. Teilperiode	4. Teilperiode
	1984/87	1987/90	1990/93	1993/96
Nach Altersgruppen (in Jahren)				
Über 15	34	34	26	27
16 bis 54	37	42	34	35
16 bis 24	46	48	(34)	(22)
25 bis 34	(29)	(47)	(42)	48
35 bis 44	(44)	(43)	(38)	x
45 bis 54	(14)	(30)	(22)	x
55 und älter	x	x	x	x
Nach Ausbildungsstand				
Ohne Berufsausbildung	25	35	(13)	29
Abgeschlossene Lehre	37	36	34	22
Hochschulabschluss	x	x	x	x

Werte in Klammern: Fallzahlen unter 30.

x = Fallzahlen unter 10.

Quelle: SOEP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Bei der Differenzierung nach dem jeweiligen Ausbildungsstand gelangt man zu einem überraschenden Ergebnis: Am aktuellen Rand ist die Wiederbeschäftigungsquote von unqualifizierten Arbeitslosen erstmals höher als die jener Arbeitsloser, die eine abgeschlossene Berufsausbildung aufweisen können. Die Daten für arbeitslose Akademiker sind zwar nicht hinreichend tragfähig, lassen aber überdurchschnittlich hohe Wiederbeschäftigungschancen vermuten.

Die interessante Frage, welche Einkommenswirkungen der Wechsel aus der Arbeitslosigkeit in eine abhängige Beschäftigung gehabt hat, ist nur ansatzweise zu beantworten. Denn die geringen Fallzahlen erlauben bestenfalls Tendenzaussagen. Demnach hat über die Hälfte der Arbeitslosen, die eine Beschäftigung gefunden haben, den Sprung in die beiden untersten Verdienstfünftel geschafft. Der Rest hat demnach besser bezahlte Arbeitsplätze gefunden.

Tabelle 7:

Arbeitslosigkeitsrisiken in Westdeutschland

Wahrscheinlichkeit, aus einer abhängigen Beschäftigung in Arbeitslosigkeit zu wechseln
- Prozentanteile -

	1. Teilperiode 1984/87	2. Teilperiode 1987/90	3. Teilperiode 1990/93	4. Teilperiode 1993/96
Nach Altersgruppen (in Jahren)				
Über 15	4	2	4	4
16 bis 54	4	2	4	4
16 bis 24	(6)	(2)	(6)	(2)
25 bis 34	3	(2)	3	(2)
35 bis 44	3	(2)	(5)	2
45 bis 54	4	3	4	8
55 und älter	(7)	(5)	5	11
Nach Ausbildungsstand				
Ohne Berufsausbildung	6	3	7	9
Abgeschlossene Lehre	4	2	4	3
Hochschulabschluss	x	x	x	x

Werte in Klammern: Fallzahlen unter 30.

x = Fallzahlen unter 10.

Quelle: SOEP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Tabelle 7 beleuchtet die Arbeitslosigkeitsrisiken abhängig beschäftigter Arbeitnehmer. Zunächst wird im Vergleich zu Tabelle 6 deutlich, dass dieses

Risiko wesentlich geringer ist als die Wiederbeschäftigungschancen Arbeitsloser. Außerdem hat während der Untersuchungsperiode das Arbeitslosigkeitsrisiko im Durchschnitt aller Altersgruppen nicht zugenommen. Doch auch hier zeigt sich, dass das Zugangsrisiko mit zunehmendem Alter der Arbeitnehmer größer wird. Die Differenzierung nach Ausbildungsstand macht sichtbar, dass das Risiko, arbeitslos zu werden, für Nichtqualifizierte dreimal so groß ist wie für Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung. Zusammen mit der höheren Wiederbeschäftigungswahrscheinlichkeit von Unqualifizierten beleuchtet dies deren höhere Fluktuation.

Messung der Lohnmobilität

Nachdem die Mobilität der Erwerbszustände, soweit es die Datenlage zulässt, beleuchtet worden ist, geht es im zweiten Teil der Untersuchung um die Mobilität der monatlichen Bruttoarbeitseinkommen. Dabei werden ausschließlich die abhängig Beschäftigten in den Blick genommen und daraufhin überprüft, ob sie während der einzelnen Beobachtungsperioden auf der Einkommensleiter auf- oder abgestiegen sind.

Diese Frage ist wirtschaftspolitisch relevant und aktuell. Denn es wird durchaus kontrovers diskutiert, ob „Armut trotz Arbeit“ oder „Armut wegen Arbeitslosigkeit“ hierzulande das gewichtigere Armutsrisiko darstellt. Einerseits wird die Aufnahme einer Arbeit als Erfolg versprechender Weg aus der Armut gewertet (OECD, 2000), andererseits wird darauf hingewiesen, dass es Lohnniveaus gibt, die Armut nicht verhindern können (Atkinson, 1999). Im Urteil über die Lohndifferenzierung gibt es ebenfalls unterschiedliche Positionen. Die einen sehen in ihr Chancen, um Geringqualifizierten Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen (Prasad, 2000). Die anderen sehen die Gefahr einer „low skill - bad job“-Falle, die niedrig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse unausweichlich macht (Snower, 1994).

Um in diesen Kontroversen Position beziehen zu können, müssen die Chancen des Einkommensaufstiegs und die Risiken des Einkommensabstiegs empirisch beziffert werden. In diesem Zusammenhang kommt der Lohnmobilität der Geringverdienenden besondere Aufmerksamkeit zu. Hierbei muss die methodische Vorgehensweise berücksichtigt werden, weil sie die Resultate beeinflusst. Dies ist bei Vergleichen mit anderen Untersuchungen zu bedenken.

- In der folgenden Betrachtung der Lohnmobilität werden nur die abhängig Beschäftigten betrachtet, die während des Beobachtungszeitraums ihren Erwerbsstatus nicht verändert haben.
- Je weiter der unterste Einkommensbereich abgesteckt wird, umso geringer fällt die Mobilität der Geringverdienenden aus. In dieser Untersuchung wird der Kreis der Niedrigverdienenden durch das unterste Einkommensquintil abgegrenzt. Es werden also auch Beschäftigte mit niedrigem Arbeitseinkommen und geringer Arbeitszeit beobachtet.

Tabelle 8 quantifiziert jene in den jeweiligen Einkommensquintilen befindlichen Personen, die am Ende der jeweiligen Teilperiode abhängig beschäftigt waren. Dabei wird deutlich, dass mit steigendem Einkommen die Beschäftigungsstabilität zunimmt.

Beschäftigung nach Einkommensklassen

Tabelle 8:

Beschäftigungsstabilität nach Einkommensquintilen

- Anteil der abhängig Beschäftigten im Endjahr am Gesamtbesatz der jeweiligen Einkommensgruppe im jeweiligen Basisjahr in Prozent-

Einkommensquintile	1987	1990	1993	1996
1	66	70	68	71
2	79	84	78	80
3	83	86	82	82
4	87	84	84	84
5	88	86	86	86

Quelle: SOEP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

- Knapp 90 Prozent der Personen im höchsten Einkommensquintil waren auch im Endjahr beschäftigt. In den Einkommensquintilen zwei bis vier schwankt dieser Anteil um die 80-Prozent-Marke. Die Bewegungen während des gesamten Beobachtungszeitraums 1984/96 fallen in den Einkommensquintilen zwei bis fünf vergleichsweise gering aus.
- Im unteren Einkommenssegment ist dagegen die Beschäftigungsmobilität vergleichsweise hoch: Nur zwei Drittel der Niedrigeinkommensbezieher waren am Ende der ersten Teilperiode noch beschäftigt, 34 Prozent sind somit erwerbslos geworden, wurden Rentner oder wechselten

in einen anderen Erwerbszustand. Im Zeitablauf scheint die Beschäftigungsstabilität der Niedrigeinkommensbezieher leicht zuzunehmen.

Für die Geringverdienenden im Alter zwischen 25 und 34 Jahren ist der Wechsel in die Sonstige Nichterwerbstätigkeit besonders häufig, für die über 55-Jährigen der in den Rentenbezug. Für Unqualifizierte trifft dies häufiger zu als für andere Geringverdiener.

Lohnmobilität

Tabelle 9 engt die Betrachtung auf jene Personen ein, die sowohl zu Beginn als auch am Ende der einzelnen Teilperioden abhängig beschäftigt waren. Dadurch sind die Lohnquintile nicht mehr gleich stark besetzt. Es wird die Lohnmobilität abhängig Beschäftigter in Form einer Transitionsmatrix dargestellt. Die Diagonale markiert die Wahrscheinlichkeit, sich im Endjahr einer Teilperiode in der gleichen Einkommensklasse zu befinden wie im Ausgangsjahr. Die Werte rechts der Diagonalen signalisieren einen Aufstieg in eine höhere Einkommensklasse, die Werte links davon einen Abstieg.

Als erstes Ergebnis fällt ins Auge, dass die Verbleibswahrscheinlichkeit im ersten und im fünften Einkommensquintil überdurchschnittlich groß ist. Von den Beschäftigten der höchsten Einkommensklasse müssen lediglich rund 15 Prozent einen Einkommensabstieg befürchten. Unter den Geringverdienenden schafften während der ersten Teilperiode 23 Prozent einen Aufstieg, in der letzten Teilperiode waren es immerhin 28 Prozent. Die Mehrzahl hiervon stieg in das zweite Einkommensfünftel auf.

In den mittleren Einkommensklassen ist naturgemäß die Lohnmobilität wesentlich größer als in den Randgruppen. In den Quintilen zwei und drei verändert knapp die Hälfte ihren Einkommensstatus, im vierten Quintil sind es etwa 40 Prozent. In den Einkommensklassen zwei und drei sind die Aufstiegschancen größer als die Abstiegsrisiken, im vierten Quintil sind dagegen die Abstiegsrisiken größer als die Aufstiegschancen.

Verfolgt man die längerfristige Entwicklung, wird erkennbar, dass sich speziell in den beiden unteren Einkommensquintilen die Lohnmobilität vergrößert hat, wobei hier die Aufstiegschancen größer und die Abstiegsrisiken kleiner geworden sind.

Tabelle 9:

Lohnmobilität abhängig Beschäftigter in Westdeutschland

- Prozentanteile -

	Von den zu Beginn und am Ende der Teilperioden erfassten Beschäftigten waren am Periodenende in folgenden Einkommensquintilen beschäftigt				
Einkommensquintile zu Beginn der Teilperioden	Einkommensquintile am Ende der Teilperioden				
	1	2	3	4	5
1. Teilperiode					
1	77	17	(5)	(3)	x
2	11	57	23	8	x
3	(2)	15	53	28	(2)
4	(2)	5	18	59	16
5	x	x	(2)	10	86
2. Teilperiode					
1	71	20	(6)	x	x
2	12	50	30	6	x
3	(2)	19	52	24	(2)
4	x	(2)	18	62	18
5	x	x	(2)	10	86
3. Teilperiode					
1	77	19	(3)	x	x
2	10	53	27	9	x
3	(2)	21	54	20	(4)
4	x	(5)	21	60	13
5	x	x	(1)	16	81
4. Teilperiode					
1	72	25	(1)	x	x
2	9	53	33	5	x
3	(4)	16	55	23	(2)
4	(2)	(2)	19	61	16
5	x	x	x	13	85

Rundungsdifferenzen.

Werte in Klammern: Fallzahlen unter 30.

x = Fallzahlen unter 10.

Quelle: SOEP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

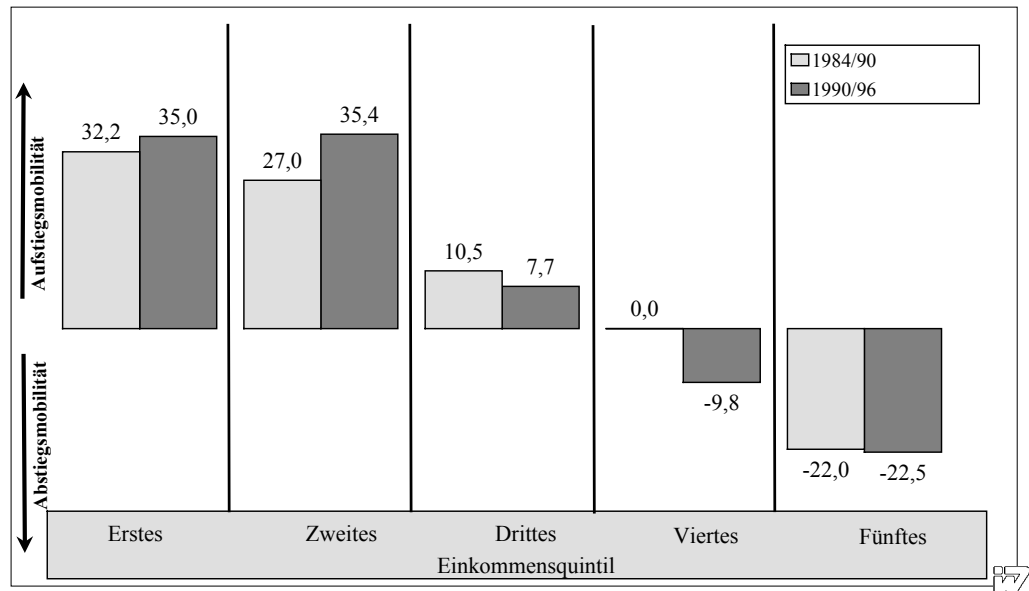
Dieses Bild wird noch klarer, wenn man die Dauer der Teilperioden auf sechs Jahre verdoppelt und die Nettomobilität betrachtet. Sie misst für jede Einkommensklasse den Saldo aus prozentualen Aufstiegen in höhere und Abstiegen in niedrigere Einkommensklassen. Das Schaubild zeigt die Ergebnisse dieser Betrachtung:

*Aufstiegschancen größer
als Abstiegsrisiken*

Schaubild:

Lohnmobilität westdeutscher Arbeitnehmer

- in Prozent -



Quelle: SOEP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

- Knapp ein Drittel der abhängig Beschäftigten, die im Jahr 1984 im untersten Verdiensthünftel angesiedelt waren, sind bis 1990 in eine höhere Verdienstklasse aufgerückt, in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums waren es 35 Prozent.
- Auch im zweiten Verdiensthünftel konnten von 1984 bis 1990 netto 27 Prozent, danach sogar 35 Prozent der abhängig Beschäftigten in höhere Einkommensgruppen aufsteigen.
- Im dritten Verdiensthünftel betrugen die Nettoaufstiegsraten noch 10 und 8 Prozent.
- Im zweithöchsten Verdiensthünftel wird in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums eine Nettoabsteigerrate von 10 Prozent registriert, im obersten Fünftel hat sich die Absteigerrate nicht vergrößert.

Tabelle 10:

Lohnmobilität in Westdeutschland: die Auf- und Absteiger

	Einkommensklassen-Zugehörigkeit am Periodenbeginn				
	1. Quintil	2. Quintil	3. Quintil	4. Quintil	5. Quintil
Veränderungen während der Teilperioden					
Prozentuale Differenz zwischen Aufstiegen in höhere und Abstiegen in niedrigere Einkommensklassen					
Abhängig Beschäftigte über 15 Jahre					
1984/87	24	20	13	-9	-14
1987/90	29	25	6	-2	-14
1990/93	22	27	0	-14	-19
1993/96	27	29	6	-8	-16
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung					
1984/87	27	8	9	-1	-28
1987/90	21	22	12	2	-21
1990/93	17	14	17	-6	-29
1993/96	32	42	26	11	-26
Mit abgeschlossener Lehre					
1984/87	25	15	11	-14	-23
1987/90	31	27	0	-2	-24
1990/93	27	28	3	-4	-26
1993/96	32	28	5	-7	-19

Quelle: SOEP; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Tabelle 10 fasst abschließend die Ergebnisse der Saldenbetrachtung für alle vier Teilperioden in detaillierter Form zusammen. Dabei ist zu beachten, dass die Mobilität nach Qualifikationen innerhalb der jeweiligen Gruppen betrachtet wird (Intragruppenmobilität).

Offene Fragen

- Unübersehbar ist, dass die Aufstiegsmobilität per saldo in den beiden unteren Einkommensgruppen zugenommen hat. Bei der Entwicklung der Bruttoeinkommen dieser Einkommensgruppen gibt es insgesamt gesehen mehr Aufsteiger als Absteiger.
- Abgesehen von der dabei geringen Belastbarkeit der Daten, deutet die Differenzierung nach Altersgruppen an, dass die Aufstiegsmobilität mit zunehmendem Alter abnimmt.
- Erstaunlich ist, dass die Aufstiegsmobilität Unqualifizierter während des Beobachtungszeitraums merklich angestiegen ist und in der jüngsten

Teilperiode inzwischen über der von Arbeitnehmern mit einer abgeschlossenen Ausbildung liegt. Hier wird nicht geprüft, ob es sich hierbei um einen Trend oder eine konjunkturelle Sonderbewegung handelt.

Der Vergleich dieser zentralen Untersuchungsergebnisse mit den Resultaten anderer empirischer Untersuchungen scheitert häufig an unterschiedlichen methodischen Ansätzen. So liegen die hier ermittelten Aufstiegswahrscheinlichkeiten in der untersten Einkommensklasse durchgängig unter denen der methodisch vergleichbaren Untersuchung von Fabig (1999). Das ist aber insofern zwingend, als Fabig die Einkommensbezieher in sieben Gruppen einteilt. Eine geringere Zahl von Einkommensklassen drückt aber die Mobilität. Die OECD (1996) arbeitet zwar ebenfalls mit Quintilen, betrachtet aber nur vollzeitbeschäftigte Männer in der Periode 1986/91. Mit einer durchschnittlichen Verbleibswahrscheinlichkeit von 52 Prozent kommt die OECD zu ähnlichen Ergebnissen wie diese Untersuchung.

Wesentliche Fragen konnten mit dieser empirischen Untersuchung nicht beantwortet werden. Offen bleiben beispielsweise die Einkommenseffekte, die bei einem Wechsel von Geringverdienern in die Nichtbeschäftigung auftreten oder die bei einer gelungenen Wiederbeschäftigung vormals Arbeitsloser beobachtet werden. Doch für die abhängig Beschäftigten Westdeutschlands kann zumindest Folgendes festgehalten werden:

- Ein nennenswerter Anteil von ihnen schafft es, auf der Einkommensleiter aufzusteigen.
- Die Aufstiegschancen sind insgesamt gesehen größer als die Abstiegsrisiken, und sie haben sich während der Untersuchungsperiode per saldo vergrößert.

Für die Debatte über einen Niedriglohnsektor in Westdeutschland sind dies wichtige empirische Informationen. Sie lassen vermuten, dass mit der Förderung eines solchen Sektors die Aufstiegsmöglichkeiten in höhere Verdienstregeionen nicht verbaut werden.

Mai 2000

Bruno Kaltenborn*
Hans-Peter Klös

* Dr. Bruno Kaltenborn ist freiberuflicher Politikberater in Bonn.

Literatur:

- Atkinson, Anthony B., 1999, The distribution of income in the UK and OECD countries in the twentieth century, in: Oxford Review of Economic Policy, Vol. 15, No. 4, S. 56 - 75.
- Fabig, Holger, 1999, Einkommensdynamik im internationalen Vergleich. Eine empirische Mobilitätsanalyse mit Panel-Daten, Frankfurt/New York.
- Kaltenborn, Bruno, 1999, Wirkungsanalysen von Niedriglohnkonzepten, IAB-Werkstattbericht, Nr. 19, Nürnberg.
- OECD, 1996, Employment Outlook 1996. Chapter 3: Earnings inequality, low-paid employment and earnings mobility, Paris.
- OECD, 2000, Poverty dynamics in six OECD countries, in: OECD Economic Studies, No. 30, S. 7 - 52.
- Prasad, Edward S., 2000, The unbearable stability of the German wage structure: Evidence and Interpretation, IMF-Research Department, Washington.
- Projektgruppe Sozio-oekonomisches Panel, 1995, Das Sozio-oekonomische Panel im Jahre 1994, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1, S. 5 - 15.
- Snower, Dennis S., 1994, The low skill, bad job trap, CEPR-Discussion Papers, No. 999, London.

Employment Status and Wage Mobility in West Germany 1984/96

Between 1984 and 1996 the employment structure in West Germany was relatively stable. During the four three year periods the probability that employees retain their employment status was 80 per cent. Qualification raised this probability, age lowered it. The risk of employees to become unemployed (4 per cent) was significantly lower than the chances of unemployed to re-enter the labour market (30 per cent). Here, too, qualification and age played an important role. The evaluation of data on the employment status of 8,100 persons collected by the German Socio-Economic Panel (GSOEP) also shows that the opportunities to move up the economic ladder are, on the whole, greater than the risk to fall down. This is also true for low-wage workers whose prospects for moving upward have even improved.

iw-focus

Methodischer Anhang

1. Datengrundlage: Die anonymisierten Individualdaten des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) sind Basis der Untersuchung. Das SOEP (Projektgruppe Sozio-ökonomisches Panel, 1995) ist eine Wiederholungsbefragung von Haushalten und ihren erwachsenen Mitgliedern, die in jährlichem Turnus („Wellen“) von Infratest Sozialforschung, München, durchgeführt und von der Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, aufbereitet wird. Von den verschiedenen Teilstichproben wurden die beiden so genannten „Weststichproben“ verwendet:

- Teilstichprobe A („Westdeutsche“): Im Basisjahr 1984 enthielt sie 4.528 Privathaushalte mit 9.076 befragten Personen mit deutschem Haushaltsvorstand oder einem ausländischen Haushaltsvorstand, der nicht zur Teilstichprobe B gehört. 1996 wurden noch 3.485 Haushalte mit 6.454 Personen erfolgreich befragt.
- Teilstichprobe B („Ausländer“) enthielt im Basisjahr 1984 1.393 Privathaushalte mit 3.169 befragten Personen in Westdeutschland mit einem italienischen, griechischen, jugoslawischen, spanischen oder türkischen Haushaltsvorstand. 1996 enthielt die Teilstichprobe B noch 960 Haushalte mit 2.152 befragten Personen.

Alle Personen der ersten Welle und deren Kinder (Stammpersonen) werden grundsätzlich auch in die folgenden Wellen einbezogen. Dies gilt jedoch nicht, falls sie das Erhebungsgebiet (bis 1989 Westdeutschland, ab 1990 Deutschland) verlassen oder alle Haushaltsmitglieder in zwei aufeinander folgenden Wellen die Teilnahme verweigert haben. Weitere Personen, die später aufgrund von Umzügen mit Stammpersonen in einem Haushalt leben, werden ebenfalls einbezogen. Bis 1988 wurden diese Personen jedoch in späteren Wellen nur einbezogen, wenn sie weiterhin mit einer Stammperson in einem Haushalt lebten. Seither werden auch diese Personen wie Stammpersonen behandelt.

Von den Erhebungsinstrumenten ist für die vorliegende Untersuchung nur der Personenfragebogen relevant. Er wird allen Personen vorgelegt, die bei Beginn des Erhebungsjahres mindestens 16 Jahre alt waren. Er erfasst insbesondere zahlreiche individuelle Merkmale einschließlich Fragen zu Einkommen und Erwerbsbeteiligung. Der wesentliche Teil der Angaben wird in jeder Welle unverändert erhoben. Für die hier vorzunehmenden Analysen muss weitgehend eine Beschränkung auf die Wiederholungsfragen erfolgen, da mehrere Wellen auf einheitlicher methodischer Basis untersucht werden sollen. Ein Teil der relevanten Angaben wird retrospektiv für das der jeweiligen Welle vorangehende Jahr erhoben.

2. Selektion der Beobachtungen: Neben der bereits erwähnten Konzentration der Analyse auf die beiden „Weststichproben“ des SOEP wurden weitere Einschränkungen hinsichtlich der Untersuchungspopulation vorgenommen:

- Es wurden nur Personen berücksichtigt, die zu Beginn des Befragungsjahres mindestens 16 Jahre alt waren (Vollendung des 15. Lebensjahres). Dies ist jene Population, die im Rahmen des SOEP einen Personenfragebogen beantworten soll, in dem die für diese Untersuchung relevanten Angaben erhoben werden.
- In die Untersuchung wurden nur Personen einbezogen, die zu den beiden jeweils maßgeblichen Befragungszeitpunkten in einem Privathaushalt lebten. Ursprünglich wurden in das SOEP ohnehin nur Personen einbezogen, die in Privathaushalten leben. Aufgrund des SOEP-Weiterverfolgungskonzepts werden diese Personen aber auch dann weiter befragt, wenn sie in eine Einrichtung umgezogen sind.
- Es werden nur Personen berücksichtigt, die zu den beiden jeweils maßgeblichen Befragungszeitpunkten in Westdeutschland (früheres Bundesgebiet) lebten. Aufgrund des Erhebungsdesigns wäre es ab 1990 möglich, auch Personen einzubeziehen, die nach Ostdeutschland (DDR oder neue Bundesländer) umgezogen sind. Bei diesem – quantitativ wenig relevanten – Personenkreis muss jedoch vermutet werden, dass er im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand besonderen Gesetzmäßigkeiten unterliegt. Überdies würde sich durch deren Berücksichtigung 1990 ein Strukturbruch ergeben.

Umgekehrt werden Ostdeutsche, die nach Westdeutschland umgezogen sind, grundsätzlich „automatisch“ nicht berücksichtigt, weil sie regelmäßig nicht in einer der beiden Weststichproben erfasst werden. Sofern sie allerdings einen gemeinsamen Haushalt mit einer Person bilden, die im Rahmen einer der beiden Weststichproben befragt wird, werden auch sie im Rahmen des SOEP-Weiterverfolgungskonzepts Bestandteil einer Weststichprobe. Damit werden diese Personen

ebenso behandelt wie Zuwanderer aus anderen Gebieten. Allerdings dürfte die entsprechende Population quantitativ nicht bedeutsam sein.

Es können nur solche Personen berücksichtigt werden, die an den beiden jeweils betrachteten Zeitpunkten an der Befragung teilgenommen haben. Da einige relevante Angaben retrospektiv erhoben werden, wird der Personenkreis darüber hinaus auf jene beschränkt, die auch an der jeweils folgenden Welle teilgenommen haben. Schließlich ist für die Hochrechnung, die anhand der Längsschnittgewichte erfolgt, eine Beschränkung auf jene erforderlich, die auch an allen Wellen zwischen den beiden betrachteten Zeitpunkten teilgenommen haben. Ansonsten ließen sich aus den verfügbaren Hochrechnungsfaktoren keine konsistenten Längsschnittgewichte ermitteln. Insgesamt werden damit nur jene Personen berücksichtigt, die an den und zwischen den jeweils betrachteten Zeitpunkten an allen Wellen und darüber hinaus an der folgenden Welle teilgenommen haben. So wird beispielsweise eine Person für die Ermittlung der Mobilität zwischen 1984 und 1987 nur dann berücksichtigt, wenn sie 1984, 1985, 1986, 1987 und 1988 an der Befragung teilgenommen hat.

3. Gruppierung nach Erwerbsstatus und Bruttoarbeitseinkommen: Die Mobilität wird anhand des Erwerbsstatus (in einem weiten Sinne) und – bei den abhängig Beschäftigten – von Perzentilen des Bruttoarbeitseinkommens ermittelt. Das Bruttoarbeitseinkommen wird für abhängig Beschäftigte (Arbeiter, Angestellte, Beamte) ohne Auszubildende und ohne Selbstständige ermittelt:

- Der Ausschluss von Auszubildenden erfolgt, weil hier stärker als für andere Erwerbstätige davon ausgegangen werden muss, dass für ihre Erwerbsbeteiligung weniger ihr kurz-, sondern ihr langfristiges Arbeitseinkommen entscheidend ist. Eine ausschließliche Betrachtung kurzfristiger Arbeitseinkommen erscheint daher für Auszubildende nicht gerechtfertigt.
- Die Zweckmäßigkeit des Ausschlusses von Selbstständigen hingegen erscheint weniger eindeutig. Ihre Erwerbseinkommen dürften stärkeren kurzfristigen Schwankungen als jene von abhängig Beschäftigten ausgesetzt sein. Einerseits sind gerade diese Schwankungen zwar als Lohnmobilität Untersuchungsgegenstand, andererseits besteht bei einer undifferenzierten Betrachtung von Arbeitnehmern und Selbstständigen die Gefahr, dass ihre jeweiligen Besonderheiten nicht ersichtlich werden. Darüber hinaus dürften die Angaben im SOEP zum Erwerbseinkommen bei Selbstständigen größeren Unsicherheiten unterliegen als bei abhängig Beschäftigten.

Das Bruttoarbeitseinkommen besteht aus den Bruttoentgelten von Haupt- und Nebenbeschäftigung. Das Bruttoentgelt aus einer Hauptbeschäftigung wird ermittelt für Personen, deren berufliche Haupttätigkeit Arbeiter, Angestellter oder Beamter (ohne Auszubildende) ist. Falls die Angabe zum Erwerbsstatus fehlt, wird eine abhängige Beschäftigung unterstellt. Das Bruttoentgelt aus einer Hauptbeschäftigung setzt sich additiv aus mehreren Komponenten zusammen:

- Zunächst wird der aktuelle Bruttoarbeitsverdienst herangezogen; fehlt diese Angabe, so wird das in der folgenden Welle retrospektiv erhobene Bruttoentgelt verwendet.
- Einmalige Zahlungen (13. und 14. Monatsvergütung, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen und sonstige Sondervergütungen) werden anteilig berücksichtigt. Für die Umlage der insgesamt in einem Jahr erzielten einmaligen Zahlungen werden nur solche Kalendermonate berücksichtigt, in denen eine abhängige Beschäftigung ausgeübt wurde. Falls die Angabe einer einmaligen Zahlung fehlt, so wird diese auf null gesetzt.

Als Bruttoentgelt aus einer abhängigen Nebenbeschäftigung wird das unmittelbar erfragte laufende Entgelt angesetzt. Ab 1995 wird das Entgelt nicht nur retrospektiv in der folgenden Welle erhoben, sondern auch das aktuelle Entgelt erfragt. Soweit vorhanden, wird bevorzugt das aktuelle Entgelt verwendet. Falls eine Nebentätigkeit nicht explizit als selbstständig (beziehungsweise mithelfende Familienangehörige) deklariert ist, wird von einer abhängigen Tätigkeit ausgegangen. Da die Frage zur Art der Nebentätigkeit nur unzureichend zwischen abhängigen und selbstständigen Nebentätigkeiten diskriminiert, wird ein Teil der tatsächlich selbstständigen Nebentätigkeiten als abhängige Nebenbeschäftigung behandelt. Dies gilt insbesondere 1984, da hier eine Diskriminierung vollständig unmöglich ist. Eine abhängige Nebenbeschäftigung setzt nicht unbedingt eine Haupterwerbstätigkeit voraus.

Ist das laufende Bruttoentgelt aus einer abhängigen Haupt- oder Nebenbeschäftigung nicht ermittelbar, so wird das Bruttoarbeitseinkommen als fehlende Angabe behandelt.

Die Perzentile des Bruttoarbeitseinkommens werden anhand der für die jeweilige Analyse selektierten Beobachtungen ermittelt. Dabei werden nur Personen mit gültigem Bruttoarbeitseinkommen zum jeweils betrachteten Zeitpunkt berücksichtigt. Es ist also nicht

Voraussetzung, dass für die Person zu beiden Zeitpunkten gültige Bruttoarbeitseinkommen vorliegen. Die Hochrechnung erfolgt anhand der Längsschnittgewichte. Sowohl durch die unterschiedliche Auswahl der Beobachtungen als auch durch die verschiedenen (Längsschnitt-)Gewichtungen können die für ein Jahr ermittelten Perzentile (geringfügig) differieren. So werden etwa im Zusammenhang mit der Analyse der Mobilität von 1984 bis 1987 andere Beobachtungen einbezogen als in die Analyse der Mobilität von 1987 bis 1990 und – auch soweit die einbezogenen Beobachtungen identisch sind – andere Längsschnittgewichte verwendet. Dadurch werden für 1987 jeweils zwei (geringfügig) unterschiedliche Perzentile ermittelt. Die Ermittlung der Mobilität innerhalb der nach Alter oder beruflicher Qualifikation abgegrenzten Subpopulationen erfolgt auf Basis der Perzentile dieser Subgruppen.

Als Perzentile werden Quintile (20-Prozent-Perzentile) verwendet. Beispielsweise umfasst das erste Quintil jene 20 Prozent der Beobachtungen mit den geringsten Bruttoarbeitseinkommen. Die Wahl von Quintilen etwa anstelle von Dezilen ist das Ergebnis eines Kompromisses zwischen dem Wunsch nach möglichst feiner Gliederung und dem Erfordernis einer möglichst groben Unterteilung, um die Fallzahlen nicht zu gering werden zu lassen.

Darüber hinaus werden folgende Erwerbszustände (in einem weiten Sinn) unterschieden:

- Eine Person befindet sich in *Ausbildung*, wenn die berufliche Haupttätigkeit Auszubildender ist oder die Person sich in einer Aus- oder Weiterbildung (ohne „sonstige“) befindet.
- Eine *abhängige Beschäftigung* ist gegeben, wenn die berufliche Haupttätigkeit Arbeiter, Angestellter oder Beamter (ohne Auszubildende) ist oder eine Nebenbeschäftigung ausgeübt wird. Dabei wird unterschieden zwischen Personen mit und ohne gültigem Bruttoarbeitseinkommen. Ergänzend wird bei den Personen mit gültigem Bruttoarbeitseinkommen eine Differenzierung anhand von Perzentilen (Quintilen) vorgenommen.
- *Arbeitslosigkeit* liegt vor, wenn die Person aktuell arbeitslos gemeldet ist.
- Von einer *selbstständigen Tätigkeit* wird ausgegangen, wenn die berufliche Haupttätigkeit selbstständig (einschließlich mithelfende Familienangehörige) ist.
- *Rentenbezug* liegt vor, wenn die Person eine Rente aufgrund eigener Erwerbstätigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung einschließlich Knappschaft, der Beamtenversorgung, der Kriegsopferversorgung, der Altershilfe für Landwirte, der Unfallversicherung, aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes oder aus einer betrieblichen Altersversorgung bezieht.
- *Sonstige Nicht-Erwerbstätigkeit* liegt bei allen anderen Personen vor.

Die vorstehende Reihenfolge definiert zugleich die Prioritäten, falls gleichzeitig mehrere Erwerbszustände in Betracht kommen. Teilweise ist die Setzung der Prioritäten mit einem gewissen Maß an Willkür verbunden:

- Die hier berücksichtigten Ausbildungen dürften regelmäßig einen erheblichen Zeitaufwand erfordern. Hier wird – in der Regel freiwillig – kurzfristig auf das Erzielen von Arbeitseinkommen in erheblichem Umfang verzichtet. Daher erscheint der Vorrang einer Ausbildung vor einer abhängigen Beschäftigung und einer selbstständigen Tätigkeit zweckmäßig. Überschneidungen einer Ausbildung mit Arbeitslosigkeit oder Rentenbezug dürften quantitativ nicht relevant sein.
- Der Vorrang der Klassifikation einer Person als Erwerbsperson (abhängige oder selbstständige Tätigkeit, Arbeitslosigkeit, ggf. Ausbildung) gegenüber einer Einordnung als Rentner oder sonstiger Nicht-Erwerbstätiger erscheint angesichts des Fokus der Untersuchung auf den Arbeitsmarkt gerechtfertigt. Gleichwohl könnte argumentiert werden, dass bei einer Kombination aus Rentenbezug mit einer Nebentätigkeit von untergeordneter Bedeutung eine Klassifikation als Rentner erfolgen sollte. Allerdings führt dies zu Abgrenzungsproblemen hinsichtlich der erforderlichen Erwerbsumfänge und Rentenbeträge. Problematisch wäre unter Umständen auch die mit einer geringfügigen Erhöhung des Arbeitsentgelts verbundene Klassifikation als Erwerbstätiger.
- Der Vorrang einer abhängigen Beschäftigung vor Arbeitslosigkeit ermöglicht eine sinnvolle Interpretation des Status Arbeitslosigkeit als ein Erwerbseinkommen von null. Im Übrigen erscheint der Vorrang einer abhängigen Beschäftigung gegenüber einer selbstständigen Tätigkeit jedenfalls dann nicht zwingend, wenn die abhängige Beschäftigung nicht prägend für die Erwerbssituation

ist. Allerdings dürften Kombinationen aus einer bedeutenden selbstständigen Tätigkeit und einer abhängigen Nebenbeschäftigung von quantitativ untergeordneter Bedeutung sein.

- Bei Parallelität von Arbeitslosigkeit und selbstständiger Tätigkeit kann es sich aufgrund der Regularien des Arbeitsförderungsrechts nur um eine selbstständige Tätigkeit von untergeordneter Bedeutung handeln. In jedem Fall muss die gewünschte abhängige Beschäftigung zeitlich umfangreicher sein als die aktuell ausgeübte selbstständige Tätigkeit. Daher erscheint es gerechtfertigt, Arbeitslosigkeit gegenüber einer selbstständigen Tätigkeit als prägend anzusehen und daher als prioritär zu behandeln.
- Die sonstige Nicht-Erwerbstätigkeit stellt lediglich eine Restkategorie dar und ist daher allen anderen Erwerbszuständen nachrangig.

4. Abgrenzung von Teilpopulationen (Alter bzw. berufliche Qualifikation): Für Teilpopulationen, die nach Alter oder beruflicher Qualifikation abgegrenzt sind, wird die Intragruppen-Mobilität ermittelt. Alter ist das Lebensalter in Jahren zu Beginn des Kalenderjahres jener Welle, die als Ausgangspunkt der Mobilitätsanalyse dient. Bei der beruflichen Qualifikation werden drei Gruppen gebildet:

- Personen, die einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss haben.
- Personen, die eine Lehre oder eine gleichwertige Ausbildung (Berufsfachschule, Schule des Gesundheitswesens, Fachschule, Beamtenausbildung) abgeschlossen, jedoch keinen Hoch- oder Fachhochschulabschluss haben.
- Personen, die über keinen der vorgenannten Abschlüsse verfügen.

Personen, die während des betrachteten Zeitraums einen höheren Abschluss erworben haben, werden aus der Analyse ausgeschlossen. Eine entsprechende Mobilität im Bruttoarbeitseinkommen dürfte hier überwiegend auf die Ausbildung zurückzuführen sein und unterscheidet sich damit strukturell stark von der übrigen (Sub-)Population.

5. Hochrechnung: Für die Analyse können nur jene Beobachtungen herangezogen werden, die zu den beiden betrachteten Zeitpunkten und in der jeweils folgenden Welle an der Befragung teilgenommen haben, da nur für sie die erforderlichen Angaben vorliegen. Zur Hochrechnung ist daher eine Längsschnittgewichtung erforderlich. Mit den SOEP-Daten werden nur Angaben zur Berechnung von Gewichten für unmittelbar aufeinander folgende Wellen geliefert. Mit diesen erfolgt die Hochrechnung. Dadurch müssen Personen, die zwischenzeitlich nicht an der Befragung teilgenommen haben, aus der Untersuchung ausgeschlossen werden. Die Längsschnittgewichtung erfolgt für den Zeitraum zwischen den beiden betrachteten Zeitpunkten und eine Welle darüber hinaus. Wird beispielsweise die Mobilität von 1984 bis 1987 betrachtet, so erfolgt die Hochrechnung für den Zeitraum 1984 bis 1988.